



Feuer unterm Laubendach

> **Senioreneinrichtung kämpft ums Überleben**

Es gibt nicht mehr viele Menschen im Kiez am Helmholtzplatz, die älter als 60 Jahre sind. Knapp fünf Prozent beträgt dort ihr Anteil heute. Die Seniorinnen und Senioren, die noch da sind, haben in der Herbstlaube in der Dunckerstraße 76/77 einen seit Jahren populären Treffpunkt. Träger dieser Einrichtung ist der Miteinander-Füreinander e.V., der jedoch im Mai 2011 in schwieriges finanzielles Fahrwasser geriet. Eine Insolvenz kann-

te zwar abgewendet werden, doch hatte das Bezirksamt Pankow seine finanzielle Unterstützung im April 2012 einstellen müssen. Seitdem steht die Herbstlaube, die zugleich auch noch das generationsübergreifende Ausstellungsprojekt „Zimmermeister Brunzel baut ein Mietshaus – Bauen und Wohnen in Prenzlauer Berg um 1900“ betreut, mit dem Rücken zur Wand.

Einem Hilferuf folgend besuchte ich Ende Januar die Herbstlaube und erfuhr von vielseitigen Angeboten trotz schwieriger Lage. Bislang konnte der Verein sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge, ehrenamtliche Tätigkeit und dem Verkauf des vereinseigenen Kleinbusses noch über Wasser halten. Nun aber droht eine Kündigung der Räume zum 30. April. In einem Schreiben an das Bezirksamt habe ich auf die Situation aufmerksam gemacht und Lösungsvorschläge eingefordert, doch die Antwort von Sozialstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD) fällt ernüchternd aus. Bereits 2012 hätten im entsprechenden Budget 100.000 Euro weniger zur Verfügung gestanden, in diesem Jahr sei die Summe um weitere 35.000 Euro abgesenkt worden. Ihr

Schwerpunktthema

- > **Thälmannpark:
Aufwertung – nein danke**
... weiter auf Seite 3
- > **Fleischgroßhandel in
Heinersdorf**
... weiter auf Seite 4
- > **Flüchtlingsunterkunft
sichern**
... weiter auf Seite 5
- > **Grüner Stadtrat
demontiert Milieuschutz**
... weiter auf Seite 6
- > **Mauerpark: Stadtleben
statt Betongold**
... weiter auf Seite 6

Fazit: „Aufgrund der erneuten Kürzung kann ich leider keine Fördergelder mehr an den Träger für die Herbstlaube ausreichen“.

Die Betroffenen wollen das nicht hinnehmen. Gemeinsam mit dem Kiezladen in der Dunckerstraße 14 organisierten sie am 16. März ein Straßenfest, um auf die akute Situation aufmerksam zu machen. Und auf change.org werden im Internet Unterschriften für eine Petition an Bezirksamt und BVV gesammelt.

Stefan Liebich
Bundestagsabgeordneter

DIE LINKE.

Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

› Atelierhaus

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat sich für die dauerhafte Erhaltung des Atelierhauses Prenzlauer Promenade 149-152 ausgesprochen. Dafür soll sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat und dem Liegenschaftsfonds Berlin einsetzen. Für das Grundstück soll unter Einbeziehung der Künstlerinnen und Künstler ein Nutzungskonzept entwickelt und ein geeigneter Träger gefunden werden.

› Gesundes Mittag

Ein gesundes, warmes Mittagessen sollte für alle Kinder erschwinglich sein. Das kostet jedoch mehr als die derzeitigen 2 Euro pro Portion. Eine Anhebung der Qualität des Schulesens ist dringend geboten. Die im selben Zuge geplante Erhöhung des monatlichen Elternanteils für die Essensversorgung von 23 auf 37 Euro ist unsozial. Der Antrag der Linksfraktion sollte diese Kritik an den Plänen des Senates deutlich machen. Auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD wurde er in den Schulausschuss überwiesen.

› Flächensicherung

Die BVV hat sich aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion dafür ausgesprochen, angesichts des Bevölkerungszuwachses in Pankow eine Schulentwicklungsplanung zu erstellen. Das Bezirksamt soll für zukünftige Standorte von Schulen und Kindertagesstätten in Frage kommende Grundstücke und Immobilien vorhalten und prüfen, ob es auf Grundstücken von Schulen und Kitas Flächen für Erweiterungen gibt.

Einladung BVV-Sitzung

am 24. April

› 14. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Durchsichtige Manöver

› Das Gespenst der Transparenz geht auch in der BVV Pankow um

Bürgerbeteiligung und Transparenz zählen wahrscheinlich zu den meist verwendeten Begriffen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in dieser Periode. Wobei „Herr Dr. Nelken, Sie haben doch...“ und „DIE LINKE hat doch damals...“ sicherlich die meist gebrauchten Phrasen sind, die hier nicht unerwähnt bleiben sollten.

Aber um die schnelle interessengeleitete Durchsetzung eines Verfahrens, in dem verständliche Informationen für Bürger/innen nur hinderlich scheinen.

Doch welche Fraktion der BVV Pankow versteht was unter Transparenz und Bürgerbeteiligung? Die Einen sind für die Offenlegung sämtlicher querbeet Informationen alleinig mittels



Bezirksamt in der Fröbelstraße

Bürgerbeteiligung und Transparenz sind löbliche Begriffe, sie sind das Rad der Demokratie und untrennbar miteinander verbunden. Doch leider werden sie inzwischen auch in der BVV oft als „Schlag“-wort gebraucht, um Interessen zu verkaufen.

Unser Bezirksverordnete Dr. Nelken hat die „Sicherung eines demokratischen und transparenten Planungsprozesses für die Entwicklung des Areals Thälmannpark/Fröbelstraße“ beantragt. Woraufhin sich unter anderem Herr Schröder (SPD) mit „Der Prozess des Bürgerbeteiligungsverfahrens läuft schon.“, und sich dann Herr Brenn (Bündnis 90/Die Grünen) mit „Es war nicht transparent unter der Leitung des Bezirksstadtrats Dr. Nelken.“ zu Wort meldeten. Es schien mal wieder so, als ob es um die tatsächliche transparente Bürgerbeteiligung nicht gehen dürfe.

Internet. Die Anderen treten mit Fachausdrücken und Verfahrenswissen an die Bürger/innen heran, dass jede/r froh ist, wenn sie/er wenigstens das Thema verstanden hat.

Bürgerbeteiligung hört dort auf, wo wissentlich Informationen so verpackt werden, dass sie die „durchschnittlichen“ Bürger/innen nicht mehr verstehen können. Im Zusammenhang mit Transparenz und Bürgerbeteiligung ist aber der Zweck der Informationsdarstellung, Bürger/innen Informationen so zu vermitteln, dass sie sie verstehen und handeln können. Transparenz hat in Verbindung mit Bürgerbeteiligung weniger im Wortsinne mit durchscheinend gemein, sondern mit Verständnis für die Bürgerschaft, die nicht seit Jahren in irgendwelchen Fachgremien sitzt.

Jasmin Gijama
Bezirksverordnete

Thälmannpark I

> Aufwertung? Nein Danke.

Als wir beginnen wollten, strömten immer noch Leute in die schon recht ordentlich gefüllte WABE. Die im Dezember 2012 gegründete Anwohner-Initiative Thälmannpark (AITP) lud zum Informations- und Diskussionsabend ein, um über die geplanten Veränderungen auf dem Areal zu unterrichten und mit den Anwohner/innen gemeinsam die Debatte um die Zukunft des Areals zu führen. Die größte Sorge aller An-

Äußerungen der Anwesenden, die in eine Dokumentation einfließen sollen, reichten von der Frage zur energetischen Sanierung der Plattenbauten bis hin zur Kritik am Prenzlauer Bogen als architektonischer Irrläufer und Symbol für die geplante Aufwertung. Es wurde zur Zukunft des „Rosengartens“ und der Anlage um den Kiezteich gefragt, Besorgnis über die Altlastensituation geäußert, die Vernachlässigung der



Thälmannpark

wesenden war und ist die Veränderung durch Neubau.

Zunächst wurde mit einer Präsentation, mit anschaulichen Bildern über die Geschichte, die Gegenwart und Zukunft des Thälmannparks informiert. Das aus unserer Mitte erarbeitete Wissen war für viele Anwesende neu und höchst interessant. Auch die Intervention eines der Immobilieninvestoren konnte den Eindruck eines fundierten und kenntnisreichen Vortrages nicht trüben.

Im zweiten Teil der Veranstaltung waren die Anwohnerinnen und Anwohner aufgefordert, Ideen, Fragen und Kritiken zur Frage „Wie wollen wir hier leben?“ zu äußern und sie an zur Verfügung gestellten Wänden zu dokumentieren. Die

Parkanlagen kritisiert und nach dem Verbleib des Thälmann-Denkmal und der Zukunft des Hockeyplatzes gefragt, die ggf. Neubauten weichen sollen. In einem waren sich die Beteiligten jedoch einig: Eine Aufwertung wollen sie nicht.

Die Aufforderung zur Selbstermächtigung der hier wohnenden und arbeitenden Menschen durchzog den Abend in der WABE. Wünsche, Befürchtungen, Anliegen und Ideen der Bewohnerinnen und Bewohner haben eine Plattform gefunden. Der Wunsch zum Mitgestalten ist allgegenwärtig, er wird in Arbeitsgruppen fortgesetzt.

Raik Weber
Anwohner/innen-Initiative
Thälmannpark



Thälmann-Denkmal

Thälmannpark II

> Bebauung stoppen

Die Linksfraktion hat in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 6. März 2013 gefordert, dass das Bezirksamt keine bindende Bescheide oder Zusagen gegenüber Grundstückseigentümern, Immobilienentwicklern und anderen Stellen erteilen soll. Zudem soll es einen Bebauungsplan für das Gesamtareal aufstellen, der die Fortführung der Bestandsnutzungen zunächst als erstes grobes Planungsziel definiert.

Ursprünglich hatte die BVV im März 2012 beschlossen, dass das Bezirksamt ersucht wird, ein „Integriertes Entwicklungskonzept für das Gebiet Thälmann-Park/ Fröbelstraße“ unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu entwickeln. Auf Anfrage hatte das Bezirksamt im Oktober 2012 im Ausschuss für Stadtentwicklung noch erklärt, dass es keine Bauvorbescheide für dieses Areal erteilt. Tatsächlich hat es aber einen verbindlichen Bauvorbescheid für ein Neubauvorhaben erteilt. Zudem wurde eingeräumt, dass es bereits Gespräche mit Investoren über vorhabenbezogene B-Pläne im nordöstlichen Bereich des Areals gibt. Außerdem hat das Bezirksamt Flächen aus dem Plangebiet als Wohnbaupotenzialflächen für den Stadtentwicklungsplan Wohnen angemeldet.

Somit schafft es bereits Tatsachen, die den angekündigten ergebnisoffenen Planungsprozess zum Gebiet Thälmannpark/Fröbelstraße nicht nur zum Bürgerbeteiligungsplacebo zu degradieren drohen, sondern auch die Rechte der BVV bei der Entwicklung städtebaulicher Planungskonzepte unterlaufen.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Zerlegebetrieb

> Warum in Heinersdorf?

Das fragte sich eine große Anzahl der Heinersdorfer Bewohnerinnen und Bewohner zum Neubau eines riesigen Fleischverarbeitungsbetriebes. Das geplante Gebäude soll 60 m breit, 328 m lang und 12 m hoch werden. Das sind die Ausmaße in der Grundfläche, wie sie die Cargolifterhalle „Tropical Island“ in Brandenburg hat. Dieses riesige Gebäude soll östlich der Blankenburger Straße zirka 100 m hinter den Grundstücken der Einfamilienhäuser errichtet werden. Die Baugenehmigung soll über die Erarbeitung eines Bebauungsplanes erteilt werden. Das Bebauungsplanverfahren räumt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und nicht nur der Nachbarinnen und Nachbarn ein. Im Bezirksamt sind etwa 1.000 Einsprüche eingegangen und zu einer öffentlichen Vorstellung des Bauvorhabens waren annähernd 300 Heinersdorferinnen und Heinersdorfer an-



wesend und machten dort deutlich, dass das Bauvorhaben mitten in Heinersdorf nach ihrer Auffassung nicht hineinpasst.

Welche Bedenken wurden vorgebracht? Der zusätzliche Verkehr, der durch diesen Betrieb entsteht, würde die schon ohnehin sehr schlechte Verkehrssituation in und um Heinersdorf belasten und den Autostau während der Woche noch verlängern. Einher geht die Zunahme der Luftverschmutzung. Das Gebäude soll 44 Laderampen bekommen und gearbeitet wird dann rund um die Uhr, auch an Sonn- und Feiertagen.

Viele befürchten Lärm durch die vielen LKW-Fahrten und durch den Betriebsablauf auf dem Betriebsgelände. Auch Geruchsbelästigungen, die durch den Abfall und die Räucherei entstehen

könnten, machen den Anwohnerinnen und Anwohnern Sorge. Der geplante Zerlegebetrieb und Großhandel mit Fleisch, welcher gleichzeitig als Logistikunternehmen dienen wird, wird große negative und damit unzumutbare Auswirkungen auf die in der Nähe befindlichen Wohn- und Erholungsgrundstücke haben. Warum könnten hier nicht weitere Wohngebäude errichtet werden?

Thomas Goetzke

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A

13187 Berlin-Pankow

(gegenüber der Alten Pfarrkirche)

Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner

stefan.liebich@wk.bundestag.de

Tel.: 030.499 87 408



700 Jahre Weißensee

> Spaziergang durch die Geschichte

Vor 700 Jahren, anno 1313, wurde das Dorf Weißensee als „Wittenze“ erstmalig urkundlich erwähnt. Bis 1871 war Weißensee ein kleines märkisches Dorf mit nur ca. 400 Einwohnern. Ab 1880 gab es das alte Dorf und auf dem Gutsland Neu-Weißensee. Unter der Regierung von Bürgermeister Carl Woelck ab 1905 entwickelte sich das moderne Weißensee. Vom alten Dorf ist nur noch die Dorfkirche aus dem Jahr 1247 erhalten.

Ein Spaziergang durch Weißensee, das 1920 in Berlin eingemeindet wurde, beginnt an der Gürtelstraße durch die Berliner Allee. Sie war zu DDR-Zeiten eine der beliebtesten

Einkaufsstraßen der Stadt und lädt auch heute zum Kaufen und Bummeln ein.

Im Park am Weißensee befindet sich eine Badeanstalt, eingeweiht 1879, und das Milchhäuschen, errichtet 1884. Weit über die Bezirksgrenzen bekannt, sind der Jüdische Friedhof und die Kunsthochschule.

Weißensee war von 1945 bis 1990 ein wichtiger Industriestandort. Hier befanden sich zum Beispiel die volkseigenen Betriebe: Niles, Gummiwerke Berlin, Druckguß und Stern-Radio. Weißensee ist ein Bezirk mit viel Grün, mit



Antonplatz in Weißensee

Parkanlagen, Kleingärten und altem Baumbestand.

Auch in jüngster Zeit ist der Ortsteil Weißensee im Bezirk Pankow mit seinen Neubauten ein gesuchter Wohnort. In alten Fabrikanlagen haben sich Gewerbe, Künstler und kreative Projekte angesiedelt.

Sigrid Weise

Weißenseer Heimatfreunde e.V.

Wohnungsnot

> Flüchtlingsunterkunft langfristig erhalten

Seit Monaten streiten das Land Berlin und die Bezirke um die Unterbringung von Flüchtlingen. Bestehende Unterkünfte sind oftmals überfüllt, leerstehende Gebäude werden gesucht. Während sich Lichtenberg für Menschen in Not aufnahmefreundlich zeigt, sperren sich Reinickendorf oder Steglitz-Zehlendorf. Flüchtlingsunterkünfte gehörten angeblich nicht in Wohngebiete. Mahnungen des Berliner Senats blieben ungehört.

In Pankow wird derzeit ein Standort in der Straßburger Straße (Prenzlauer Berg) für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Dem Willen des Landes nach soll diese Immobilie nun verwertet werden. Dies wäre ein Affront gegen ein Mindestmaß an solidarischer und humaner Flüchtlingspolitik.

Die Linksfraktion brachte deshalb einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein, um die Unterkunft in der Straßburger Straße dauerhaft für die Unterbringung



Straßburger Straße

von Flüchtlingen zu sichern. Grüne, SPD und Piraten unterstützten den Antrag. Die BVV nahm ihn letztendlich an.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in der Straßburger Straße wird seitens der Flüchtlinge und im Bezirk als sehr positiv erlebt. Sie leben dort, entgegen der Unterbringung in vielen anderen Einrichtungen, mitten unter den anderen Einwohner/innen, gut

aufgenommen und umgeben von einer vielfältigen Infrastruktur.

Angesichts der bereits jetzt fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in Berlin und aufgrund der Akzeptanz der Einrichtung sollte nichts unversucht bleiben, um das Objekt dauerhaft für die Beherbergung von Flüchtlingen zu erhalten.

Ines Pohl
Bezirksverordnete

Kurz aus dem Kiez

> „Peter Edel“ ruht

Obwohl der Erbbaurechtsvertrag mit der gemeinnützigen Gesellschaft GSE, die das Kulturhaus „Peter Edel“ an die Schauspielschule „Die Möwe“ vermieten wollte, abgeschlossen ist, ruht der Vertrag. Offensichtlich geht es um Finanzierungsprobleme.

Eine Liste mit neuen Interessenten hat die Stadträtin Christine Keil (DIE LINKE) dem Ausschuss vorgelegt.

> Neue Parkzonen

Positive Erfahrungen in den drei bestehenden Parkzonen haben den Bezirk veranlasst, die Parkraumbewirtschaftung

Kurz aus dem Kiez

im Prenzlauer Berg auszuweiten. Zum April werden zwei neue Parkzonen eingerichtet: Gebiete um das Bötzowviertel und die grüne Stadt, sowie Arnim- und Humanplatz und südliche Ibsenstraße.

> Schwimmhalle

Die Berliner Bäderbetriebe haben begonnen, die Schwimmhalle an der Thomas-Mann-Straße, die von Sportvereinen und Schulklassen genutzt wurde, zu sanieren. Vor zwei Jahren musste die Halle geschlossen werden. Die Sanierung kostet 4,4 Millionen Euro, Anfang 2015 soll die Halle wieder eröffnet werden.

Kurz aus dem Kiez

> Denkzeichen

Der Kunstwettbewerb für ein Denkzeichen in Berlin-Buch in Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Zwangssterilisierungen und Euthanasie ist ausgelobt worden. Die Realisierung des Denkzeichens ist für Herbst 2013 vorgesehen.

> Sportstätte

Der Sportclub Dokan bekam den Zuschlag für die Sportstätte am Weißensee. Das Bezirksamt wird Verhandlungen über einen Erbbaurechtsvertrag mit dem seit 15 Jahren bestehenden Verein aufnehmen.



Mauerpark

> **Stadtleben statt Betongold und Baufilz**

Die Linksfraktion hat mit ihrem Antrag eine klare Stellungnahme der BVV gegen das vom Senat und dem Bezirksamt Mitte beförderte Bauvorhaben der Groth-Gruppe am nördlichen Mauerpark und für die Aufkündigung des sogenannten Mauerparkvertrages gefordert.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben hierzu die Zustimmung verweigert und überwiesen den Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss, um ihn dort zu „qualifizieren“.

Dieses rot-grüne Weichspülen in Sachen Mauerpark ist nicht neu. Wer nach dem Bebauungsplan des Bezirkes Mitte und dem Mauerparkvertrag mit der CA Immo AG eine Chance für eine sozial- und stadtverträgliche Bebauung der Fläche am nördlichen Mauerpark gesehen haben will, der hat sich selbst betrogen oder die Öffentlichkeit.

Wenn der Ausstieg aus dem Mauerparkvertrag mit erheblichen Mehrkosten verbunden sein sollte, dann sind die Politiker zur Verantwortung zu ziehen, die den Investoren den Blankoscheck ausgestellt haben.

Pankow sollte den Bebauungsplänen die Rote Karte zeigen. Der Mauerpark ist eine Angelegenheit von gesamtstädtischer Bedeutung. Dass Rot-Grün die Initiative der Linksfraktion für deutliche Aussagen blockiert, stärkt die Position Pankows nicht.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Pankow bekämpft den Luxus?

> **Grüner Stadtrat demontiert Milieuschutz**

Vor Weihnachten titelten die Medien, dass Pankow gegen steigende Mieten vorgehe und als erster Berliner Bezirk „Luxus verbieten“ würde. Diese Berichterstattung weckte, je nach Interessenlage, Hoffnungen und Befürchtungen.

An dieser Berichterstattung ist leider wenig Wahres. Pankow änderte zum 1. Januar 2013 nur seine Genehmigungskriterien für milieuschutzrechtliche Anträge. Dabei wird der Milieuschutz im Bereich der genehmi-

Dusche neben der Badewanne, exklusive Badmöbel, Vollverfliesung, hochwertige Armaturen und Materialien, Einbauküche und deren hochwertige Ausstattung mit Geräten, generell Einbaumöbel, hochwertige Bodenbelege und Wandverkleidungen sowie eines zweites Bad/WC in großen Wohnungen. Die nicht genehmigungsfähige Ausstattung wird nur noch auf wenige Punkte reduziert, wie etwa Innenkamine oder Fußbodenheizungen. Aufzüge



Sonnenburger Straße/Kopenhagener Straße

gungsfähigen Wohnungsausstattung gravierend demontiert. Bislang hatte Pankow sich bei den Ausstattungsstandards an den Wohnwert erhöhenden Sondermerkmalen des Berliner Mietspiegels orientiert. Alles was geeignet sei, eine überdurchschnittliche Miete zu nehmen, galt als nicht genehmigungsfähig. Dieses Prinzip wurde durch Bezirksstadtrat Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen), unterstützt von SPD und Grünen, aufgegeben.

Es wurde nicht nur die Allgemeinbestimmung, dass sich Modernisierungsmaßnahmen auf eine Standardausführung zu beschränken haben, abgeschafft, sondern auch die Liste der zu versagenden Ausstattungen wurde zusammengestrichen. So sind jetzt genehmigungsfähig: die extra

sollen dagegen zukünftig ohne Auflagen und Einschränkungen genehmigt werden.

Die anfängliche Behauptung, dass man damit Rechtsprechung folge, ist unwahr. Stadtrat Kirchner schwadroniert über demographischen Wandel und behindertengerechtes Bauen. Aber gerade die Senioren werden durch teure Sanierungen vertrieben. In den Prenzlauer Berger Altbauquartieren sind sie eine verschwindende Randgruppe geworden. Der Aufzugseinbau ist rein markt- und profitinduziert und in aller Regel nicht barrierefrei.

Pankow ist also nicht Vorreiter in einer Schärfung des sozialen Erhaltungsrechtes, sondern bei dessen Aushöhlung.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

100 % Sozial

> Für das beste Wahlprogramm aller Parteien

Ein erster Entwurf für das Bundestagswahlprogramm der LINKEN liegt vor. Aber das soll nicht das letzte Wort gewesen sein. Am 9. März gab es auf der Berliner Regionalkonferenz eine von vielen Chancen, sich einzumischen, mitzudiskutieren, Vorschläge zu unterbreiten. Rund 160 Mitglieder stritten und argumentierten, um überzeugende Alternativen zu formulieren.

Vor uns liegt wohl jetzt ein simulierter Lagerwahlkampf. Simuliert deshalb, weil SPD und Grüne zwar eine linke Rhetorik anschlagen, in grundsätzlichen Fragen aber kaum anders agieren als CDU/CSU und FDP. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns nicht in Konstellationsdebatten verwickeln, sondern glaub-

haft für die eigenen Inhalte werben. Wir LINKE kämpfen für ein soziales, friedliches und gerechtes Land, für alle Menschen. Dafür stehen wir zur Verfügung, für nichts anderes.

Soziale Mindestsicherung, verdiente und würdige Rente, ein gerechtes Steuersystem, indem die Verursacher der Krise für die Kosten zur Kasse gebeten werden – das sind unsere Projekte. Ein Mietrecht, das auch denjenigen nützt, die in den Wohnungen wohnen und nicht nur den Eigentümern, dafür treten wir ein. Und schließlich: wir sind Garanten für eine Stimme im Bundestag, die niemanden aufgibt und niemanden zurücklässt. Denn nur solidarische Gesellschaften sind zukunftsfähig! Das, so



zeigte die Konferenz, motiviert und gibt Schwung – für 100% Sozial.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender DIE LINKE
Berlin

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

11. April • 19 Uhr „Was ist los am Willy-Brandt-Flughafen?“, Informations- und Diskussionsabend zum Desaster rund um den BER mit Jutta Mattuschek (MdA), Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

15. April • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

19. April • 19 Uhr „Nichts ist gut in Afghanistan“, Informations- und Diskussionsabend mit Stefan Liebich (MdB), Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

20. April • 11 Uhr Hauptversammlung der LINKEN Pankow im BVV-Saal, Fröbelstraße 17

21. April • 14 Uhr „Der jüdische Friedhof Weißensee“, Denkmaltour der Hellen Panke e.V., Herbert-Baum-Straße 45

22. April • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

24. April • 19 Uhr Diskussion/Vortrag „Eurovisionen – Linke Antworten auf die Krise“, u.a. mit Axel Troost (MdB), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

29. April • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Regionalgeschäftsstelle

1. Mai • 13 Uhr 1. Mai Fest an der Bötzoweiche, Straße am Friedrichshain/Bötzowstraße

6. Mai • 18 Uhr Basistag der LINKEN Pankow zu den Wählerwartungen an DIE LINKE, Referent: Steffen Twardowski

13. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

15. Mai • 19.30 Uhr AG Schule im Fraktionszimmer

27. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

29. Mai • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Regionalgeschäftsstelle

1. Juni • 14 Uhr Fete bei Käthe, Kinderfest auf dem Kollwitzplatz

31. Mai – 2. Juni • Fest der LINKEN auf dem Rosa-Luxemburg-Platz

3. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

5. Juni • 17.30 Uhr 15. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) im BVV-Saal, Haus 6, Fröbelstraße 17

10. Juni • 18 Uhr Basistag der LINKEN Pankow mit aktuellen kommunalpolitischen Themen der Linksfraktion in der BVV Pankow und zur Diskussion des Bundestagswahlprogramms

14. bis 16. Juni • Bundesparteitag der LINKEN in Dresden, Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms



Stammtisch

> Tradition

Wir trafen uns am Abend im „Eisernen Gustav“ und das am Frauentag. Nicht, weil wir ein schlechtes Gewissen hatten, sondern wir wollten mit unseren Ehepartnern diskutieren, ob der Frauentag in Deutschland überhaupt noch sinnvoll ist. Die Gesichter unserer Frauen legten sich in böse Falten. Annemarie stieg sofort ein: „Das soll doch nicht Euer Ernst sein. Wir glaubten, dass Eure Einladung wenigstens einmal im Jahr nur uns gilt.“ Ich sprang ein: „Du hast ja Recht.“ Und bestellte Sekt.



Der laute Protest verschwand. Kurt gab seiner Renate einen Schmatz und meinte, dass der Muttertag doch wirklich kein Er-

satz sei und der Internationale Frauentag in vielen Ländern Tradition habe. Ilse: „Na ja, ob im Osten nicht doch diese Tradition schon untergegangen ist, müsste geprüft werden.“ Kurt: „Das haben wir heute getan. Gemeinsam mit Klaus habe ich vor dem Supermarkt die von Stefan Liebich gesponserten Rosen verteilt.“ Ich ergänzte sofort: „Das war ein wunderbares Erlebnis. Ich habe viele Frauen angesprochen, ihnen gratuliert. Wortreich wurde der Internationale Frauentag als Tradition gelobt. Ich bin immer noch gerührt.“

Meine Frau: „Ich habe auch eine Rose bekommen und sie blüht wunderschön.“ Manfred wieder: „Es waren vorwiegend ältere Frauen, die sofort bedauerten, dass diese schöne Tradition von offizieller Seite keine Beachtung mehr findet.“ Auch Kurt teilte begeistert seine Erfahrung mit: „Die

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 19. März 2013
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 31. Mai 2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Sandra Brunner, Sandra Kaliga

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
 BLZ: 100 200 00
 Verwendungszweck: 810-505

jungen Frauen strahlten genauso und nannten oft den Opa als Urheber ihres Wissens.“
Klaus Flemming

SUDOKU mittel Vitamine für's Gehirn schwer

	8	5				6		3
6	9			3			2	
1						4		8
					3	7		5
3		1			4	8	6	9
4		8		7		1	3	2
	4				7	9		6
	1		6	2			8	4
9	3	6			8		7	

				1	9			
2			7		6		4	
3								1
9			1	8		3		
	2							6
5	7					1	9	
		6	3					4
			5			6	2	7
	5	2		4			3	9

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.